

PRESSEMITTEILUNG 78 – 01.04.2026

Martin Habersaat

EVi kommt – spät, in kleinen Schritten und mit vielen offenen Fragen

Die Landesregierung hat Änderungen von Kita- und Schulgesetz in die Verbandsanhörung gegeben, um Anfang 2027 die nächsten Schritte beim „Entwicklungsfokus Viereinhalb“ (EVi) angehen zu können. Dazu sagt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

„Der „Entwicklungsfokus Viereinhalb“ (EVi) könnte ein Meilenstein für mehr Bildungsgerechtigkeit sein. Leider ist er es noch nicht. Das Land beginnt spät, langsam und mit vielen offenen Fragen. Während in Hamburg seit vielen Jahren alle Vierjährigen Kinder zum Screening eingeladen werden und bei Bedarf verbindliche Förderangebote bekommen, brauchte die Günther-Regierung fast ein Jahrzehnt für die Umsetzung in Schleswig-Holstein. Während andere Länder sich bei solchen Screenings aus guten Gründen zunächst auf die Kinder konzentrieren, die keine Kita besuchen, kommt diese Gruppe in Schleswig-Holstein zum Schluss an die Reihe. Das ist eine bildungspolitische Katastrophe, denn: Wer eine Kita besucht, ist ja bereits in professionellen pädagogischen Händen und kann bei Bedarf gefördert werden.

Bereits 2019 sprach die damalige Bildungsministerin Karin Prien davon, vom Hamburger Vorbild lernen zu wollen. In Hamburg geht es um Sprache, selbstverständlich werden aber auch die körperliche, kognitive und emotionale Entwicklung einbezogen. Und -zack- sieben Jahre später begann Schleswig-Holstein mit 11 Kitas. 11 Kitas – das sind nicht einmal 0,5 Prozent der Einrichtungen in Schleswig-Holstein. Pro Jahrgang haben wir rund 24.000 Kinder - zunächst bleiben also zigtausende unberücksichtigt. Erst 2028/29 soll Evi landesweit verbindlich sein. Zehn Jahre nach der Ankündigung von Frau Prien. In solchen Zeitspielen auf Kosten der Jüngsten liegt eine wesentliche Erklärung für die dramatischen Ergebnisse Schleswig-Holsteins bei sämtlichen Bildungsstudien. Es wird verzögert, geblendet und vertagt.

Bereits heute soll es an den Kitas im Bedarfsfall Sprachintensivförderung (SPRINT) geben. Allerdings teilte die Landesregierung selbst mit: In den meisten Kreisen und kreisfreien Städten konnten nicht alle Kinder, bei denen ein Sprachförderbedarf festgestellt wurde, an einer SPRINT-Maßnahme teilnehmen. Es fehlten vor allem die Fachkräfte. Wo sollen die jetzt herkommen? Offen bleibt insgesamt, welche Ressourcen den Kitas denn nun zur Verfügung gestellt werden, wenn Verzögerungen in der körperlichen, kognitiven und emotionalen Entwicklung festgestellt werden. „Strengt euch mehr an“ darf hier nicht die einzige Botschaft der Ministerinnen bleiben. Zu klären ist auch, wie bei einer Förderung in der Schule der Weg von der Kita in die Schule und zurück organisiert werden soll. Im Rahmen der Anhörung werden die Ministerinnen noch viele Fragen beantworten müssen.“

Material

Kleine Anfrage SPRINT

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/drucks/03700/drucksache-20-03797.pdf>